



13.06.06

Presseinformation

Die Volksinitiative: „Jugend braucht Vertrauen“ geht weiter... Postkartenaktion der Bochumer Kinder- und Jugendarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch nach dem Ende der Unterschriftensammlungen für die Volksinitiative „*Jugend braucht Vertrauen*“ werden die Landtagsfraktionen von CDU und FDP mit weiteren Aktionen daran erinnert, dass sie ihr Versprechen gegenüber Kindern und Jugendlichen gebrochen und ihre Glaubwürdigkeit endgültig verloren haben.

Annähernd 330.000 WählerInnen in NRW haben die Listen der Volksinitiative „*Jugend braucht Vertrauen*“ unterschrieben. Damit ist das notwendige Quorum für eine erfolgreiche Volksinitiative fast fünfmal erreicht worden. Unbeeindruckt von der überwältigenden Unterstützung der Bevölkerung für die Volksinitiative haben die Regierungsparteien den Kinder- und Jugendförderplan um mehr als 20 % gekürzt.

MitarbeiterInnen der Bochumer Kinder- und Jugendarbeit haben eine Postkartenaktion vorbereitet. Mit den Postkarten soll Kindern und Jugendlichen Gelegenheit gegeben werden, ihrem Ärger und ihrer Enttäuschung über die völlige Ignoranz der Landesregierung gegenüber der erfolgreichen Volksinitiative Ausdruck zu verleihen.

Vom 14.06.06 bis zum 31.07.06 werden 3.000 Bochumer Kinder und Jugendliche Protestpostkarten an den Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers schicken. In diesem Jahr finden die Ferienmaßnahmen noch im gewohnten Umfang statt, da die Maßnahmen im Vorjahr geplant werden. 2007 werden viele Maßnahmen aufgrund der Kürzungen nicht mehr durchgeführt werden können. Für viele Kinder und Jugendliche wird es dann kein sinnvolles Ferienfreizeitangebot mehr geben und auffällige Verhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen werden zunehmen. Für diese Folgen tragen der Ministerpräsident Rüttgers und sein Kabinett Verantwortung, weil sie nicht bereit sind, angemessen in die Kinder- und Jugendarbeit zu investieren.

Kinder und Jugendliche in NRW werden mit ihren Problemen und Sorgen allein gelassen. Solange alles ruhig bleibt, findet eine wirksame Jugendpolitik nicht statt und wenn es zu Ausbrüchen kommt, stehen Forderungen nach verschärfter Reglementierung und Kontrolle (Verschärfungen im Jugendstrafrecht, Einführung von Schuluniformen) hoch im Kurs.

Mit freundlichen Grüßen

(Rolf Geers, Geschäftsführer des Kinder- und Jugendrings)